

Aktuell | 31.03.2010: Gleichstellung

Öffnung der Ehe für Lesben und Schwule

Der Berliner Senat hat mit der Initiative #Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt" beschlossen, einen Entschließungsantrag zur Öffnung der Ehe in den Bundesrat einzubringen. Hierzu erklärt Alexander Zinn, Pressesprecher des Lesben- und Schwulenverbandes Berlin-Brandenburg (LSVD) e.V.: Der Lesben- und Schwulenverband Berlin-Brandenburg (LSVD) e.V. begrüßt die Initiative für die vollständige rechtliche Gleichstellung von Lesben und Schwulen ausdrücklich. Das Bundesverfassungsgericht hat die rechtliche Benachteiligung eingetragener Lebenspartner im vergangenen Jahr für verfassungswidrig erklärt. Der Gesetzgeber ist daher gefordert, die Vorgaben des Verfassungsgerichts zeitnah umzusetzen, für klare Verhältnisse zu sorgen und Verwaltung und Justiz nicht länger unnötig zu belasten. Lesben und Schwule sind keine Bürgerinnen und Bürger zweiter Klasse. Diesem Anspruch muss die Bundesrepublik Deutschland endlich gerecht werden.# Auch die Bundesarbeitsgemeinschaft Schwule Juristen begrüßt die Entscheidung des Berliner Senats, einen Entschließungsantrag zur Öffnung der Ehe in den Bundesrat einzubringen.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Schwule Juristen (BASJ) begrüßt die Entscheidung des Berliner Senats, einen Entschließungsantrag zur Öffnung der Ehe im Bundesrat einzubringen. Nur so lässt sich die vollständige Gleichstellung von Lesben und Schwulen erreichen. Die Niederlande, Belgien, Spanien, Schweden, Norwegen, Portugal haben diesen Wandel des Eheverständnisses bereits rechtlich vollzogen. Dies spiegelt den gesellschaftlichen Wandel in Europa. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Beschluss vom 07.07.09 ohnehin die Diskriminierung eingetragener Lebenspartner beanstandet. Es gibt also Handlungsbedarf. Die Anpassung jeder einzelnen Regelung würde einen maßlosen gesetzgeberischen Aufwand erfordern und Verwaltung und Justiz unnötig belasten. Der Senat trägt hiermit die einstimmig vom Abgeordnetenhaus verabschiedete Initiative "Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt" auf die Bundesebene. Die BASJ fordert die Vertreter der übrigen Bundesländer auf, sich diesem Antrag anzuschließen.

Wolfgang Keller